

Perspektiven für den Osten Deutschlands – Moderne Mitte Europas

Beschluss des Präsidiums der CDU Deutschlands,
Halle/Saale am 30. Juni 2008



CDU

1. Viel erreicht – Viele Gründe stolz zu sein

Mit der friedlichen Revolution von 1989 schufen die Bürger der ehemaligen DDR aus eigener Kraft und in Vertrauen auf Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Die Lebensleistungen der Menschen im Osten vor und nach der Einheit sind im Westen oft nicht genügend bekannt. Es ist Großes geleistet worden. Die ostdeutschen Länder sind sichtbar aufgeblüht.

Die Menschen in Ost und West können stolz sein auf das, was sie in den letzten 18 Jahren gemeinsam erreicht haben. Heute erstrahlen die Innenstädte in neuem Glanz. Die Flüsse sind sauberer, die Wälder gesünder, viele Altlasten beseitigt. Viele Rentner erleben einen materiellen Wohlstand, wie sie ihn in der DDR oft nicht genießen konnten. Die familiennahe Infrastruktur ist vielerorts bestens ausgebaut. Alte und Junge haben gleichermaßen Zugang zu moderner Hochleistungsmedizin. Das Verkehrsnetz wurde in großem Umfang saniert. Die Schulen und Hochschulen sind leistungsfähig. Der Zugang zu Bildungsgängen richtet sich nach Eignung, Leistung und Neigung.

Das ist eine beispiellose patriotische Leistung aller Deutschen!

Die wirtschaftliche Entwicklung der ost- und mitteleuropäischen Nachbarn bietet erhebliche Chancen. Die ostdeutschen Länder gehören zu den Standorten, die durch die Globalisierung in besonderem Maße gewinnen können.

Unter der von der Union geführten Bundesregierung ist der Aufschwung auch im Osten angekommen. Die ostdeutsche Wirtschaft hat wieder an Dynamik gewonnen. In den vergangenen beiden Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen um 300 000 zurückgegangen.

Doch noch immer sind viel zu viele Menschen arbeitslos. Die Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze ist daher die erste und wichtigste Aufgabe jeder Politik für die ostdeutschen Länder.

Politik allein schafft jedoch keine Arbeitsplätze. Bund, Länder und Gemeinden können für gute Rahmenbedingungen sorgen, damit sich mehr Unternehmen in den ostdeutschen Ländern ansiedeln und damit die Unternehmen schneller wachsen als

anderswo. Aber in erster Linie bedarf es mutiger Unternehmer, tüchtiger Arbeitnehmer und verantwortlicher Sozialpartner.

Die Menschen haben ihre Flexibilität und ihren Leistungswillen in den letzten zwei Jahrzehnten eindrucksvoll bewiesen. Viele haben sich nach der friedlichen Revolution von 1989 gleich mehrfach umorientieren müssen. Sie arbeiten in anderen Berufen, bei anderen Arbeitgebern, an anderen Orten. Wir wissen, dass das nicht immer einfach war und ist. Es ist jedoch Ausweis einer besonderen Leistungsfähigkeit und deshalb sind wir überzeugt: Die Menschen in Ostdeutschland bringen die notwendige Energie mit, um – auch mit Hilfe der bundesdeutschen Solidarität – die nächsten Schritte auf dem Weg zur modernen Mitte Europas zu gehen.

2. Die Volkspartei CDU

Die CDU ist die Volkspartei der Mitte in Deutschland. Wir gestalten unser Land und erringen dafür die Mehrheiten. Wir sind bereit, für unsere Überzeugungen und Argumente einzustehen. Wir sind gleichzeitig offen für Meinungen anderer und setzen uns für ein politisches Miteinander ein, das zum Mitmachen anregt.

Wir sind bereit, mit allen demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten. Klar ist genauso: Wer unsere Gesellschaftsordnung überwinden will und nicht auf dem Boden unserer freiheitlichen Grundordnung steht, kann nicht unser Partner werden. Das gilt uneingeschränkt für rechtsradikale wie für linksradikale Parteien.

Die CDU ist die Partei des Aufstiegs. Jeder soll die Chance haben, seinen Weg zu gehen. Die soziale Herkunft darf nicht die Zukunft bestimmen. Wir wissen, dass dieses Ziel der Chancengerechtigkeit noch nicht überall erreicht ist. Wir werden die Rahmenbedingungen weiter verbessern und uns gemeinsam anstrengen, damit die Chancengesellschaft entsteht, in der Chancengerechtigkeit herrscht.

Die CDU wird mit der Linkspartei in den kommenden Monaten insbesondere dort die Auseinandersetzung suchen, wo sie ihren Ursprung hat: in den neuen Ländern. Wir setzen eine seriöse Politik für persönliche Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt gegen linkspopulistische Phrasen. Wir nehmen die Alltags- wie die Zukunftssorgen der Bürger ernst, statt sie zu instrumentalisieren. Denn neue

Lehrstellen, mehr Arbeitsplätze und realistische Zukunftsperspektiven in allen Lebensbereichen entstehen nicht durch eine „Wünsch-Dir-Was-Politik“, die keine seriösen Vorschläge macht. Mehr Chancen, gerade in den neuen Ländern, entstehen nur dann, wenn die spezifischen Herausforderungen der neuen Länder angesprochen, angepackt und konkrete Lösungen erarbeitet werden.

Dort, wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser. Wo die rot-roten Regierungen an der Macht sind, werden Chancen verspielt und die Menschen spüren die Verschlechterungen. Wir setzen auf die Balance aus Eigenverantwortung, Freiheit und Sicherheit. Weil wir auf dieser Grundlage unser Land gestalten wollen, haben wir alle Chancen, stärkste Kraft zu sein.

3. Ziele benennen

Wir wollen, dass Ostdeutschland in zehn Jahren eine der wettbewerbsfähigsten und innovativsten Regionen im Herzen Europas ist. Für die Union ist eines klar: Die Probleme des Ostens sind die Probleme ganz Deutschlands. Nur wenn es in den neuen Bundesländern aufwärts geht, kann auch ganz Deutschland auf gesunden Beinen stehen.

Wir wollen, dass die Menschen alle Freiheiten nutzen können, sich ihnen aber zugleich eine Perspektive in der Heimat erschließt.

Wir wollen eine vitale Gesellschaft, in der sich Kinder und Ältere, Einheimische und Fremde willkommen fühlen.

Erfolgreich in der Welt, offen für Europa, zu Hause in der Uckermark oder im Erzgebirge – das ist unser Verständnis von Heimat. Jeder hat das Recht, eine solche Heimat zu finden, dann aber auch die Pflicht, sie aktiv mit zu gestalten.

Die ostdeutschen Länder wieder an die wettbewerbsstarken Regionen Europas heranzuführen, das ist eine ambitionierte Zielsetzung. Doch schon vor dem Zweiten Weltkrieg waren die ostdeutschen Regionen über Jahrzehnte Motor der industriellen Entwicklung Europas, bevor Krieg und Sozialismus sie wirtschaftlich weit zurückgeworfen haben.

Die ersten Jahre nach der demokratischen Revolution von 1989 haben zwar gezeigt: Dieser wirtschaftliche Rückschritt lässt sich nicht in kurzer Zeit kompensieren. Zugleich wurde aber schon vieles erreicht, um zu den wettbewerbsstarken Regionen Europas aufzuschießen. Die Zwischenbilanz in den Bereichen Infrastruktur, Wirtschaft und Umwelt ist positiv. Heute gilt es, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen, erarbeitete Wettbewerbsvorteile zu bewahren und neue zu erschließen.

Wir müssen weiter insbesondere in Bildung und den Aufbau mittelständischer Strukturen investieren. Auch dadurch wird es uns gelingen, mehr Menschen in Arbeit zu bringen. In zehn Jahren soll der Anteil der Erwerbstätigen an den Erwerbsfähigen auf dem Niveau Gesamtdeutschlands liegen.

Der Kurs zur Senkung von Lohnzusatzkosten wird konsequent fortgesetzt, damit die Menschen mehr Netto haben. Es ist ein großer Erfolg, dass es gelungen ist, die Lohnnebenkosten auf unter 40 Prozent zu senken. Wir streben zum 1. Januar 2009 eine weitere Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von derzeit 3,3 Prozent auf 3,0 Prozent an. Damit verbessern wir die Chancen für neue Arbeitsplätze weiter und die Beschäftigten haben mehr Netto in der Tasche.

Gerade in den ostdeutschen Ländern gehört dazu aber auch, dass die Arbeitsproduktivität als Grundlage höherer Bruttolöhne weiter steigt. Wir wollen, dass die Wertschöpfung je Erwerbstätigem langfristig das Niveau der westdeutschen Länder erreicht, damit im Ergebnis die Löhne weiter steigen.

Die Verbesserung der Arbeitsmarktlage und die weitere Steigerung der Produktivität, das sind klare Ziele, und daran sollen die Menschen uns messen. Um diese Ziele erreichen zu können, brauchen wir wachstumsorientierte Politik.

Gegenwärtig gilt: Die Mischung aus Investitionsförderung, gut ausgebildeten Fachkräften und moderater Lohnpolitik stimmt. Die ostdeutsche Wirtschaft wächst vor allem durch Vorteile bei den Lohnstückkosten. Es war richtig, zunächst auf diesen Wettbewerbsvorteil zu setzen. In den nächsten Jahren kommen jedoch weniger junge Menschen ins Erwerbsalter. In Zukunft muss die ostdeutsche Wirtschaft daher noch stärker durch hochqualifizierte Arbeitskräfte und permanente Innovationen wachsen.

Mehr Arbeitsplätze und höhere Einkommen durch höhere Produktivität, das sind auch die Schlüssel, um jungen Menschen eine Perspektive in ihrer ostdeutschen Heimat bieten zu können.

Dabei dürfen wir aber nicht stehen bleiben. Denn es gelingt noch nicht in gleichem Maße, Menschen jeden Alters für ein Leben in den ostdeutschen Städten und Gemeinden zu gewinnen, wie umgekehrt insbesondere junge Menschen Arbeit oder Ausbildung in Süddeutschland finden. Wir müssen daher Ostdeutschland als Zuzugsregion attraktiver machen. Wir müssen darüber hinaus dafür sorgen, dass städtische und ländliche Regionen auch bei geringeren Einwohnerzahlen lebenswert bleiben.

4. Zehn Punkte damit es im Osten weiter aufwärts geht

1. Wachstum braucht starke ostdeutsche Unternehmen

Arbeitslosigkeit ist die größte soziale Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Sie ist trotz vorzeigbarer Erfolge in den neuen Bundesländern flächendeckend viel zu hoch. Wir halten an dem Ziel der Vollbeschäftigung fest. Dafür brauchen wir mehr Unternehmen in Ostdeutschland, die wettbewerbsfähige Arbeitsplätze anbieten können.

Wer wachsen will, braucht attraktive Bedingungen für Investoren. Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze setzen leistungsfähige Unternehmen voraus, damit mehr Menschen in ihrer Heimat Ausbildung und Arbeit finden.

Mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie schaffen den Großteil der Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Unsere Aufgabe in Ostdeutschland ist es deswegen, gerade Existenzgründer und kleine und mittlere Unternehmen durch optimale Rahmenbedingungen zu fördern.

Die Industrie in Ostdeutschland entwickelt sich auch im internationalen Vergleich dynamisch. Zuletzt mit zweistelligen Wachstumsraten. Ein Drittel aller Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands ist auf die Investitionsförderung zurück-

zuführen. Durch Investitionsförderung wurde bisher eine Verdoppelung der Beschäftigung erreicht.

Die ostdeutschen Länder können schon in naher Zukunft mit der Industriedichte westdeutscher Länder gleichziehen. Das setzt aber weitere Förderung voraus. Für alle ostdeutschen Länder wollen wir daher die im Jahr 2009 auslaufende allgemeine Investitionszulage bis zum Jahr 2013 verlängern und degressiv ausgestalten.

Um bedeutsame Einzelinvestitionen weiterhin zielgenau fördern zu können, wollen wir die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ im jetzigen Förderumfang bis 2013 weiterführen und prüfen, ob eine Verlängerung möglich ist. Die in internationaler Standortkonkurrenz stehenden exportorientierten Unternehmen in Ostdeutschland sind auf eine solche Förderung noch angewiesen.

Die neuen Länder benötigen die Solidarpaktmittel bis 2019 in der zugesagten vollen Höhe. Die Mittel sind zweckgerecht für die Schließung noch bestehender Infrastrukturlücken, gezielte Investitionsförderung und zum Ausgleich der unterproportionalen Finanzkraft der Kommunen einzusetzen, um eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung und weitere Modernisierung zu erreichen.

Ein Vergleich mit den östlichen Mitgliedsstaaten der EU zeigt, dass es dort oft eine deutlich höhere wirtschaftliche Dynamik als in Ostdeutschland gibt. Ein Grund dafür sind auch einfachere Standards.

Bei der Föderalismusreform soll geprüft werden, ob Abweichungsrechte und Öffnungsklauseln eingeführt werden können, mit denen die Länder individuell und schnell auf veränderte Probleme reagieren können. So könnte zielgenauer auf spezifische regionale Probleme – wie bspw. eine besonders ungünstige demografische Entwicklung – reagiert werden. Zugleich könnte ein Wettbewerb um intelligente und effiziente Lösungen in Gang gesetzt werden, der für Deutschland insgesamt von Nutzen ist.

Wir wollen, dass die KfW besser mit den Förderbanken der Länder zusammenarbeitet, um die Kapitalversorgung für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern.

2. Ostdeutschland – Heimat der Erfinder

Vor dem Zweiten Weltkrieg waren die ostdeutschen Regionen über Jahrzehnte Motor der industriellen Entwicklung Europas, bevor Krieg und Sozialismus sie wirtschaftlich zurückgeworfen haben. Wir wollen, dass sich die ostdeutschen Regionen ihren führenden Platz in Europa und auf der Welt zurückerobern.

Im weltweiten Wettbewerb ist Vorsprung schnell vergänglich. Wir brauchen permanent neue Ideen. Höhere Löhne und mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland sind möglich, wenn unsere Bürger motivierter sind und über aktuellstes Wissen verfügen.

Eine innovationsorientierte Wirtschaft braucht mehr Forschung und Entwicklung. Gerade bei privat finanzierter Forschung weisen die ostdeutschen Länder heute noch einen besonders großen Rückstand auf. Deshalb wollen wir die vorhandenen Forschungs-Förderungsinstrumente in Ostdeutschland noch besser nutzen. Das stärkt die internationale Attraktivität des Forschungsstandortes Ostdeutschland und trägt auch dazu bei, dass Deutschland seinen europäischen Verpflichtungen für mehr Forschung und Innovation nachkommen kann.

Kleine und mittlere Unternehmen haben oft Schwierigkeiten, die Finanzierung von Forschung und Entwicklung (FuE) sicherzustellen. Wir wollen ihnen daher einen ausreichenden Zugang zu Risikokapital ermöglichen.

Investitionen in FuE leisten gerade in Wachstumsphasen entscheidende Impulse, um zukunftssträchtige Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern und die Dynamik in Zukunftsmärkten und -technologien zu festigen. Wir wollen aus diesem Grunde in Ostdeutschland zukunftsweisend die steuerliche FuE-Förderung neben dem Instrument der Projektförderung einführen und damit in Deutschland beispielhaft vorangehen.

Eine Innovationsregion Ostdeutschland braucht mehr Spitzenforschung von internationalem Rang. Dafür müssen wir weiter in die universitäre und die außeruniversitäre Forschung investieren. Wir werden daher erfolgreiche Programme wie die Förderung von Zentren der Innovationskompetenz fortführen und um weitere Ansätze zur Stärkung von Spitzenforschung und Innovation ergänzen.

Forschungsverbände mit Unternehmen sollten gezielt gefördert werden.

Wir wollen, dass sich ostdeutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu regionalen Innovationsmotoren entwickeln können. Notwendig sind strategische Partnerschaften zwischen kleinen und mittleren Unternehmen auf der einen und Hochschulen auf der anderen Seite. Gemeinsame Kompetenzzentren sind eine gute Grundlage für anwendungsorientierte Forschung und zielgenaue Fachkräfteentwicklung.

3. Bildungschancen für alle

Bildung ist heute mehr denn je eine Voraussetzung für gute Chancen am Arbeitsmarkt. In den ostdeutschen Ländern lebt heute ein Drittel weniger Kinder und Jugendliche als noch vor 15 Jahren. Ohne weitere Bildungsanstrengungen droht zudem ein erheblicher Nachwuchsmangel bei Fachkräften und Unternehmerpersönlichkeiten.

Diese Entwicklung stellt eine ernst zu nehmende Herausforderung dar – sie bietet aber auch eine große Chance! Denn Politik und Gesellschaft wird wieder bewusst: Jeder Einzelne zählt, niemand darf zurückbleiben. Das gilt vor allem für unsere Bildungs- und die Arbeitsmarktpolitik.

Wir wollen deshalb, dass die ostdeutschen Länder ihren Startvorteil bei der Betreuung von Kleinkindern nutzen. Ein flächendeckendes Platzangebot allein reicht nicht aus, sondern es geht auch um eine hohe Qualität der Plätze! Es kommt auf die Flexibilität der Angebote ebenso wie auf die Motivation der Beschäftigten, aber gerade auch auf die Inhalte an: Wir wollen deshalb eine bessere Qualifizierung der Erzieher durch Weiterbildung.

Wir wollen, dass schulreife Kinder nicht ungeduldig auf ihre Einschulung warten müssen, sondern für und mit ihnen ein Modell einer „Schule mit fünf“ erproben.

Auch hier besitzen die ostdeutschen Länder Startvorteile. Auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gilt aber auch: Wir müssen mehr tun für diejenigen, die bei steigenden Anforderungen nicht mehr mitkommen. Diesen Menschen müssen wir entsprechend ihrer Fähigkeiten zielgenaue Hilfen anbieten. Auch sie müssen eine Chance auf Bildung und Arbeit haben.

Die CDU in den ostdeutschen Ländern erkennt das flächendeckende Platzangebot zur Betreuung von Kleinkindern als wichtigen Startvorteil, der durch einen qualitativen Ausbau gestärkt werden soll. Dazu kann ein flächendeckendes Bildungsangebot für alle Kinder ab drei Jahren, mit einem kindgerechten Lehrplan, beitragen.

Schulabbrecher haben kaum noch die Perspektive, einmal für sich und ihre Familie selbst sorgen zu können. Die Zahl der Schulabbrecher muss sinken! Dafür muss die schulische und außerschulische Betreuung von Kindern verbessert werden. Kindern und Jugendlichen, deren Eltern seit vielen Jahren keine Arbeit haben, muss eine eigene Perspektive geregelter Erwerbstätigkeit aufgezeigt werden. Wir wollen daher einen Dreiklang aus

- zielgenauer, problemorientierter Qualifikation der Lehrer,
- besserer Vernetzung von Schule, Jugendhilfe und Familien
- und dort, wo es nötig ist, mehr und zielgenaue Schulsozialarbeit.

Um das Qualitätsniveau der ostdeutschen Schulen zu halten, bedarf es guter Lehrer. Wir wollen, dass die ostdeutschen Länder auch im Wettbewerb um die besten Lehrer bestehen können. Die Föderalismusreform von 2006 gibt den Ländern hierfür mehr Instrumente in die Hand. Die neuen Spielräume müssen genutzt werden, um eine leistungsorientiertere Bezahlung im Öffentlichen Dienst einzuführen.

Wir wollen Schüler individueller fördern. Für Lernschwache wie für Lernstarke muss es mehr ergänzende Nachmittagsangebote geben. Besonders leistungsstarke Schüler müssen mehr gefordert werden, auch durch eine frühzeitige Heranführung an die Hochschulen. Leistungsschwächere Schüler müssen die Chance haben, Defizite aufzuarbeiten. Ihnen muss zudem durch praxisnahen Unterricht eine berufliche Perspektive vor Augen geführt werden.

Wir wollen, dass die ostdeutschen Länder ihren Vorsprung in den naturwissenschaftlichen, technischen und mathematischen Fächern erhalten. Deutschland muss das Land der Ingenieure bleiben und die ostdeutschen Länder könnten seine Kreativwerkstatt sein.

Die Lehrer sollen zudem systematisch darin geschult werden, Begabungen bei Kindern und Jugendlichen in allen Schulformen frühzeitig zu erkennen, um allen mehr Chancen auf ein Hochschulstudium zu eröffnen.

Wir wollen den Universitäten in den ostdeutschen Ländern mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Eigenverantwortung einräumen. Das betrifft etwa die Personalhoheit: Die Universitäten sollen selber über die Berufung neuer Spitzenforscher entscheiden dürfen. Zudem brauchen wir schnelle und effektive Entscheidungsstrukturen in den Universitäten. Wo dies noch nicht erfolgt ist, bedarf es moderner und unbürokratischer Hochschulgesetze.

Wir wollen das betriebsnahe duale Ausbildungssystem stärken. Bei rückläufigen Bewerberzahlen wird die Ausbildung im Betrieb wieder Vorrang vor ergänzenden staatlichen Angeboten haben.

Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen müssen zu einer vorausschauenden Personalpolitik ermutigt werden. Die Vorteile einer Ausbildung in ostdeutschen Betrieben können zudem auch bei westdeutschen Jugendlichen und deren Eltern beworben werden.

Zugang zu Bildungsangeboten ist kein Privileg der jungen Menschen. Auch angesichts des fehlenden Fachkräfte-Nachwuchses wollen wir hochwertige Angebote entwickeln, um die Bildungsbeteiligung älterer Erwerbstätiger zu erhöhen. Ostdeutschland könnte eine Modellregion für die Erprobung neuer Ansätze werden. Dazu gehören strategische Bildungspartnerschaften zwischen Unternehmen, Betriebsräten und Hochschulen. Ihr gemeinsames Ziel sollte sein, älteren Erwerbstätigen das Angebot unterbreiten zu können, sich jederzeit auf dem neuesten Wissensstand zu halten. Wir brauchen kontinuierliche Qualifizierungsangebote für alle Arbeitnehmer.

4. Arbeitsplätze durch Flexibilität schaffen

Wir benötigen in den neuen Ländern eine Lohnentwicklung, die sich am Produktivitätsfortschritt und am Markterfolg der Unternehmen orientiert. Erforderlich sind Maßnahmen in der Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung, damit Fachkräfte mit angemessenen Löhnen im Osten gehalten werden und gering qualifizierte Arbeitslose eine Beschäftigungschance bekommen. Da sozial ist, was

Arbeit schafft, brauchen wir eine weitergehende Öffnung der Tarifverträge für „betriebliche Bündnisse für Arbeit“.

Zusätzliche Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten sind durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und Sozialleistungen zu unterstützen. Wegen der deutlich höheren Nachfrage nach Arbeit, besonders bei Frauen, spielen „Kombilohn“-Modelle für den Arbeitsmarkt im Osten Deutschlands eine besondere Rolle. Dabei werden insbesondere mit Blick auf Langzeitarbeitslose und besonders schwer vermittelbare Arbeitssuchende bereits heute auf kommunaler Ebene unterschiedliche Modelle wie bspw. das Modell „Bürgerarbeit“ in Sachsen-Anhalt, mit guten Erfolgen eingesetzt. Unser Ziel bleibt, dass Arbeitslose eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finden. Zugleich ist der zunehmende Mangel an qualifizierten Fachkräften durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, Einbeziehung der Frauen in einen familienfreundlichen Arbeitsmarkt, Hinausschieben des effektiven Renteneintrittsalters, lebenslanges Lernen und die gezielte Zuwanderung von Fachkräften zu bekämpfen.

5. Leistungsfähige und moderne Infrastruktur

Der weitere Ausbau der Infrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für mehr Wachstum in Ostdeutschland. Leistungsfähige Verkehrsverbindungen sind für die wirtschaftliche Vollendung der EU-Erweiterung und die Integration der ostdeutschen Volkswirtschaft in die Globalisierung unerlässlich.

Das Beispiel des Flughafens Leipzig/Halle zeigt es eindrucksvoll: Hier entsteht nach erheblichen Investitionen in einen der modernsten Flughäfen Deutschlands das größte Cargo-Drehkreuz in Europa. Ganz Deutschland profitiert davon, weil dort, wo sich Verkehrsströme kreuzen, immer auch neue wirtschaftliche Chancen entstehen.

Das gilt auch für die neuen Verkehrsströme in Europa. Bei den aufstrebenden Metropolen in Mittel- und Osteuropa (Prag, Bratislava, Budapest bis nach Bukarest) haben wir es wie mit einer Perlenkette dynamisch wachsender Metropolen zu tun, an die Deutschland bislang nur unzureichend angebunden ist. Diese Metropolregionen sind heute wichtige Schrittmacher für das Wachstum in der gesamten Europäischen Union. Mit einer besseren und schnelleren Anbindung an diese Regionen kann auch

Ostdeutschland an diesen Wohlstandschancen teilhaben. Die entscheidenden Weichen für ein solches Projekt werden in den kommenden Monaten auf der europäischen Ebene gestellt. Ein Transportkorridor von der Nord- und Ostsee bis an die Adria und das Schwarze Meer ist ein Verkehrsprojekt, das auf Jahrzehnte hinaus dem Osten Deutschlands neue Impulse verleihen kann. Unser Ziel ist, diesen Korridor bei der anstehenden Revision der so genannten TEN-Leitlinien der Europäischen Union zu verankern.

Wir wollen, dass die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit entsprechend der Zusage des Bundesverkehrsministers bis 2010 (Straße) bzw. 2017 (Schiene) vollständig abgeschlossen sind.

6. Neue Chancen in der Mitte Europas

Die ostdeutschen Länder sind mit der deutschen Wiedervereinigung Vollmitglied der Europäischen Union geworden. Durch ihre Orientierung nach West und nach Ost können sie ein entscheidender Motor des Zusammenwachsens der veränderten europäischen Nationalstaaten sein. Für ganz Deutschland sollen sie das Tor nach Mitteleuropa werden.

Unsere osteuropäischen Nachbarn werden auch wirtschaftlich immer stärker. Enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der ostdeutschen Unternehmen und Regionen mit Polen, Tschechien, Ungarn, Österreich und den Baltischen Staaten ist wesentliche Grundlage für ein vitales Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland.

Wir wollen ein angemessenes und flexibles europäisches Beihilferegime auch nach 2013. Innerhalb und außerhalb Europas muss es darum gehen, dass Fördergefälle nicht zu groß werden zu lassen.

Wir wollen angemessene und gerechte Übergangsregelungen für die EU-Strukturförderung nach 2013, damit die mit Hilfe dieser Förderung erreichten Erfolge in Ostdeutschland nicht wieder verloren gehen.

Europa wächst zusammen. Erst vor kurzem haben wir den Beitritt Polens, Ungarns, Tschechiens und weiterer Staaten zum Schengen-Raum und damit den Wegfall der

Grenzkontrollen gefeiert. Die Beziehungen zu unseren Nachbarn entwickeln sich in den ostdeutschen Ländern gerade auf der Ebene der Bürger hervorragend.

Dieser Weg muss fortgeführt werden, etwa durch Sprachunterricht an den Schulen, den Ausbau der grenzüberschreitenden Straßen- und Schienenverbindungen oder Kooperationen bei der Verbrechensbekämpfung, im Tourismus und bei öffentlichen Dienstleistungen.

Unser Ziel ist es, ein ähnlich entspanntes und unkompliziertes Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn zu haben, wie es an der deutsch-französischen Grenze gelebt wird. Nationale Grenzen müssen ihren begrenzenden Charakter verlieren und sich zu reinen Verwaltungsgrenzen entwickeln.

Dazu gehört auch, dass die Menschen die guten Beziehungen zu unseren Nachbarn als Chance und Multiplikator für die wirtschaftliche und auch kulturelle Entwicklung der neuen Länder nutzen. Grenzüberschreitende Initiativen wie das Deutsch-Polnische Jugendwerk oder den Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds werden wir aus diesem Grunde weiter intensiv unterstützen.

7. Ostdeutsche Zukunft liegt (auch) auf dem Lande

Der demografische Wandel trifft den Osten Deutschlands stärker als den Westen. Drastischer Geburtenrückgang, Alterung sowie die Abwanderung vieler leistungsbereiter, hochqualifizierter Menschen zehren an den ohnehin knappen Ressourcen. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat vielerorts gezeigt, dass der Wandel von Abwanderungsregionen zu Zukunftsregionen möglich ist. Stadt und Land sollen für die Menschen attraktive Lebensbedingungen bieten. Da sich die Entwicklung von Stadt und Land wechselseitig ergänzt, kann eine Stärkung mittelgroßer Städte im ländlichen Raum dazu beitragen, eine wohnortnahe Versorgung sicherzustellen, um dem Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum entgegenzuwirken. Der ländliche Raum befindet sich in der Mitte der Gesellschaft.

Wir bekämpfen den drohenden Ärztemangel. Der von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung nachgewiesene Ärztemangel betrifft vor allem die ostdeutschen Länder. Hier muss frühzeitig gegengesteuert werden, da sich die Situation vor allem aufgrund der bevorstehenden Pensionswelle ostdeutscher Ärzte zu verschärfen droht.

Damit die ländlichen Regionen in Ostdeutschland attraktiv für junge Ärzte bleiben, bedarf es einer Angleichung der ärztlichen Vergütung an das gesamtdeutsche Niveau und eine stärkere Gewichtung der allgemein-ärztlichen Tätigkeit im Gesamtbudget für die Honorare der Kassenärzte.

Notwendig ist eine flächendeckende Anbindung des ländlichen Raumes an moderne Hochgeschwindigkeits-Datennetze, etwa durch entsprechende Breitbandverkabelung.

Die erste Verantwortung für die Entwicklung auch des ländlichen Raums liegt bei der Kommunalpolitik. Bund und Länder können und müssen aber unterstützend tätig sein.

Wir wollen die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ von einem Instrument zur Förderung einer Branche zu einem Instrument für die Gestaltung des ländlichen Raums weiterentwickeln.

Losgelöst von einzelnen Instrumenten gilt: Fördermittel sollen dort zur Verfügung stehen, wo sie Erfolg versprechen – und das unabhängig von der Siedlungsstruktur.

Wir wollen stärkere Förderung einer familiennahen Infrastruktur, um gerade jungen Menschen eine Perspektive im ländlichen Raum aufzuzeigen (z. B. flexible und hochwertige Kinderbetreuungs- und Schulangebote, öffentlicher Nahverkehr, Mehrgenerationenhäuser).

Der ländliche Raum braucht eine innovative und leistungsstarke Landwirtschaft, die hochwertigste Lebensmittel erzeugt. Dieses Bekenntnis muss auch bei der Reform der EU-Agrarpolitik handlungsleitend sein. Eine von der Union geführte Bundesregierung wird sich immer dafür einsetzen, dass die grundsätzlich sinnvolle Reform nicht einseitig zu Lasten der ostdeutschen Betriebe geht.

8. Lebenswerte Städte

Die ostdeutschen Städte haben in den vergangenen Jahren spürbar ihr Gesicht verändert. Mit viel Liebe zum Detail wurden Häuser saniert und Kulturdenkmäler bewahrt.

Wir wollen die Städtebauförderung und die Stadtentwicklungspolitik stärker mit der regionalen Forschungs-, Bildungs- und Wirtschaftsförderungspolitik verzahnen. Der

Stadtumbau Ost sollte künftig politikübergreifend die Verbesserung der städtischen Standortbedingungen für Arbeiten und Wohnen in den Blickpunkt nehmen. Die zukünftigen Beschäftigungspotenziale liegen auch in den ostdeutschen Städten, vor allem bei wissensorientierten Dienstleistungen. Um diese Beschäftigungsfelder schaffen zu können, brauchen wir lebendige, zu Kreativität anregende Stadtquartiere.

Trotz dieser Schwerpunktverschiebung verbleiben Aufgaben für eine vorausschauende Anpassung des Wohnungsmarktes. Dabei muss das Ziel einer heutigen Stabilisierung des Mietmarktes in Einklang gebracht werden mit dem Ziel einer Sicherung preiswerten Wohnraums in der Zukunft. Wir wollen, dass auch in zwanzig Jahren noch qualitativ hochwertiges Wohnen zu bezahlbaren Mieten möglich ist. Eine solche vorausschauende Wohnungspolitik leistet auch einen Beitrag, um Armut im Alter zu verhindern.

9. Lebensstandard auch im Alter sichern

Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in Ostdeutschland bewährt. Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist gegenwärtig die wichtigste Form der Alterssicherung. Sie wird aber künftig nicht den gewohnten Lebensstandard im Alter sichern können. Daher ist es notwendig, dass andere Formen der Vorsorge dazu beitragen, den Lebensstandard im Alter zu erhalten. Private Altersvorsorge soll effizient und zielgerichtet weiter gefördert werden. Die betriebliche Altersvorsorge ist in Ostdeutschland noch gering ausgeprägt. Wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmen in Ostdeutschland sollten von den gesetzlichen Möglichkeiten – z. B. Mitarbeiter an Gewinn und Kapital der Unternehmen zu beteiligen – vermehrt Gebrauch machen. Die besten Garanten für höhere Alterseinkommen sind und bleiben gute Rahmenbedingungen für mehr Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung.

Daher ist es richtig, den eingeschlagenen Weg der Reformen für mehr Arbeitsplätze und eine höhere Wirtschaftskraft in ganz Deutschland weiterzugehen.

Daher werden wir die Beschäftigung im Alter auch weiterhin durch spezielle Programme wie „Perspektive 50 plus“ unterstützen. Ältere Beschäftigte müssen eine echte Chance für ein aktives Altern bekommen. Und auch wer schon längere Zeit arbeitslos ist, muss eine echte Chance zum Wiedereinstieg in den Beruf bekommen.

Daher ist es wichtig, günstige Rahmenbedingungen für das Wachstum altersgerechter Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu können auch – in Regionen mit besonders schwieriger Arbeitsmarktsituation – spezielle Programme, wie die Bürgerarbeit, beitragen.

Daher werden wir sicherstellen, dass die Menschen im Lauf ihres Lebens eine zweite oder dritte Bildungschance erhalten, die es ihnen ermöglicht, ihre Kenntnisse zu erneuern oder sich – wenn dies notwendig ist – auf andere, altersgerechte Arbeit umzustellen.

Zur Ergänzung der gesetzlichen Rente werden wir auch die zweite und dritte Säule der Alterssicherung weiter stärken. Dazu wird z. B. die Förderung des Wohneigentums in das Riester-Sparen einbezogen. Wer in stabilen Familienverhältnissen lebt, ist weniger oft von Altersarmut bedroht. Im Osten gehört es zum Regelfall, dass Frauen und Männer gemeinsam zum Alterseinkommen beitragen. Unsere Familienpolitik trägt dazu bei, dass Familie und Beruf auch künftig gut miteinander vereinbar bleiben. Das trägt auch dazu bei, Familien im Alter gegen die finanziellen Folgen von Arbeitslosigkeit besser zu schützen.

Die Lebenshaltungskosten von Menschen mit unterdurchschnittlichem Alterseinkommen hängen stark von ihren Wohnkosten ab. Wir müssen deshalb auch in Zukunft sicherstellen, dass preiswerter Wohnraum erhalten bleibt und die Wohnungsnebenkosten nicht unangemessen steigen. Wir wollen darüber hinaus alternative Wohnformen wie Senioren-Wohngemeinschaften fördern, weil sie einen Beitrag zur Erhöhung des Lebensstandards im Alter leisten können.

10. Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Die Deutschen werden weniger und immer älter. Von dieser Entwicklung sind bereits jetzt die ostdeutschen Flächenländer betroffen. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahrzehnten fortsetzen.

Die demografischen Probleme können wir meistern, wenn wir konsequent unsere Strukturen modernisieren und neue Wege ausprobieren. Dass die Deutschen älter werden, ist positiv und Ausdruck unseres hohen Lebensstandards. Wichtig erscheint uns, dass gerade die ostdeutschen Länder attraktiv bleiben, um etwa junge,

leistungsbereite Leute nicht nur aus Westdeutschland, sondern auch aus dem Ausland anzulocken.

Hinzu kommen die erheblichen Investitionen gerade der ostdeutschen Länder in Kinderkrippen, Kindergärten und die vorschulische Bildung. Diese müssen in den nächsten Jahren weitergeführt werden. Die ostdeutschen Länder müssen attraktiv für Familien und Kinder sein, auch um im Wettbewerb um neue Arbeitsplätze mit familienfreundlichen Rahmenbedingungen konkurrenzfähig zu bleiben. Der nächste Schritt nach dem flächendeckenden Ausbau von Kindertageseinrichtungen ist die Stärkung der frühkindlichen Bildung. Kinderkrippen und Kindergärten sind als Bildungseinrichtungen zu verstehen und entsprechend auszubauen.

Wir wollen eine lebendige Gesellschaft aktiver Bürgerinnen und Bürger, die sich, wie es einer in den ostdeutschen Ländern einst selbstverständlichen Lebensart entspricht, auch für ihre Mitmenschen interessieren und engagieren. Wir wollen das Ehrenamt stärken. Ein Gemeinwesen lebt umso besser, je mehr sich jeder darin einbringt. Deswegen ist es ein wichtiges Ziel der Union, das bürgerschaftliche Engagement in den ostdeutschen Ländern zu stärken. Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger engagieren sich bei uns bereits ehrenamtlich – sei es in der Freiwilligen Feuerwehr, im Sportverein oder in der Betreuung älterer Menschen. Dieses Engagement ist eine nicht zu unterschätzende Säule unserer Gesellschaft, die gestärkt werden muss. Ein Beispiel ist das maßgeblich von der Union geprägte Gesetz zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Diesen Weg gilt es auch auf Kommunal- und Landesebene weiterzugehen.

Wir wollen eine Kultur des Hinsehens, des Füreinander und der sozialen Verantwortung, wenn es anderen – vor allem Schwächeren – schlecht geht und sie Hilfe brauchen. Wir wollen Offenheit gegenüber Fremden. Wir wollen, dass sich die Menschen in gegenseitiger Achtung begegnen. Wir wollen, dass Jugendliche stark genug sind, um den illusionären Heilsversprechen von politischen Extremisten widerstehen zu können. Wir wollen, dass die Menschen Verantwortung für sich und ihre Mitmenschen übernehmen.